

Bilanz von drei Jahren Digitalpolitik: WUMMS für digitale Abhängigkeit und Erpressbarkeit – Verlust der Glaubwürdigkeit

Die drei Arbeitskreise „Digitale Souveränität“, „Open Source Software“ und „IT-Sicherheit und Datenschutz“ der Gesellschaft für Informatik e.V. haben eine Bilanz zur Digitalpolitik der scheidenden Bundesregierung gezogen. Ihr Fazit: Sie hat ihre selbst gesteckten Souveränitäts- und Open Source-Ziele deutlich verfehlt. Stattdessen hat die Abhängigkeit von digitalen Monopolen massiv zugenommen. Auch das Potential für wirtschaftliche und geopolitische Erpressungen ist damit deutlich angestiegen. Die Gefahr, dass Deutschland zu einer digitalen Kolonie wird, nimmt immer realistischere Züge an.

Großartige Versprechungen im Koalitionsvertrag und in der Digitalstrategie

Eine wettbewerbsfähige Digitalwirtschaft ist von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP¹ wurden sehr ambitionierte Ziele verkündet und dabei der Digitalen Souveränität und dem Einsatz von Open Source eine außerordentlich hohe Bedeutung beigemessen. In der Digitalstrategie 2022² der Bundesregierung wurde die „Stärkung der Digitalen Souveränität“ Deutschlands sogar zum Leitmotiv erhoben.

Nur Lippenbekenntnisse und widersprüchliches Handeln

Die Fakten zeigen jedoch, dass zwischen diesem Ziel und den tatsächlichen Ergebnissen eine große Lücke klafft. Ende des 2023 musste die Bundesregierung auf Nachfrage sogar einräumen, dass der Open Source-Anteil bei den Ausgaben des Bundes für Software-Entwicklung und Dienstleistungen seit Beginn der Legislaturperiode nur etwa 0,5 Prozent betragen hat³. Auf der anderen Seite wurden milliardenschwere Verträge mit digitalen Monopolisten abgeschlossen. Durch die damit verbundenen Lock-in-Effekte entstehen unkalkulierbare Kosten für die Haushalte der nächsten Jahre.

Ein besonders negatives Beispiel ist die Auftragsvergabe in Höhe von 4,6 Milliarden Euro an den Datenbankmonopolisten Oracle⁴, dies sogar ohne die vorherige

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2021-1990800>

² https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/presse/063-digitalstrategie.pdf?__blob=publicationFile

³ <https://www.wikimedia.de/presse/offener-brief-bundesregierung-muss-endlich-in-freie-und-offene-software-investieren/>

⁴ <https://www.tagesspiegel.de/politik/umstrittener-4-milliarden-deal-macht-sich-das-innenministerium-von-oracle-abhangig-10421440.html>

Bekanntmachung eines Aufrufs zum Wettbewerb im Amtsblatt der Europäischen Union⁵.

Warnungen ignoriert: Keine Lehren aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen gezogen

Der Wirtschaftsverband BITMi Bundesverband IT-Mittelstand e.V. hat im Herbst 2023 vor den wachsenden digitalen Abhängigkeiten gewarnt, die inzwischen ein „*besorgniserregendes Ausmaß*“ erreicht hätten, und auf „konkrete Gefahren für unsere politische Selbstbestimmung“ hingewiesen⁶. Auch Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst fand deutliche Worte. „*Wir dürfen keine digitale Kolonie werden*“, sagte der Chef des Digitalverbands zur Präsentation einer Studie, die genau das befürchten lässt⁷.

Dabei sind die digitalen Abhängigkeiten wesentlich kritischer zu bewerten als die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, da ein Wechsel zu anderen Lösungen beim heutigen Stand sehr aufwändig sind. Als in 2022 Gaslieferungen eingestellt wurden, gab es Sofortlösungen durch vorhandene Reserven, Sparmaßnahmen, alternative Energien und Lieferanten. Sollte der „digitale Hahn“ abgedreht werden – wofür es immer mehr internationale Beispiele gibt^{8 9} – verfügen wir derzeit über keine Sofortlösungen und müssen alle Konsequenzen ohne Plan B erdulden. Ein gewaltiges geopolitisches Erpressungspotential wurde geschaffen – versprochen war das Gegenteil, die Stärkung der Digitalen Souveränität.

Konsequenzen der digitalen Abhängigkeit: explodierende Ausgaben

Wie Monopolstellungen wirtschaftlich ausgenutzt werden, zeigen die aktuellen Preiserhöhungen der marktbeherrschenden Virtualisierungssoftware VMware durch den US-Technologieriesen Broadcom: Lizenzverträge wurden gekündigt und die bisherigen Preise teilweise verzehnfacht.¹⁰ Die Erfahrung zeigt: Mit einzigartigen Konditionen und tollen Rabatten wird gelockt; sobald der Lock-in erreicht ist, folgen die Preissprünge.

Die permanenten Preiserhöhungen von Microsoft-Produkten belasten zunehmend Unternehmen und Verwaltung. Ein aktuelles Beispiel: *„In deutschen Kliniken herrscht Aufruhr. Was Microsoft ab 2025 für die Bereitstellung seiner Softwarelizenzen vorsieht,*

⁵ <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:324505-2023:TEXT:DE:HTML&tabId=1>

⁶ <https://www.bitmi.de/offener-brief-digitale-abhaengigkeiten/>

⁷ <https://www.rnd.de/wirtschaft/digitalimporte-aus-china-und-den-usa-firmen-ueber-deutsche-abhaengigkeit-besorgt-CWZHOHBJSJBDPFA5MUXRO2OINQ.html>

⁸ <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/adobe-sperrt-wegen-us-sanktionen-alle-nutzerkonten-in-venezuela-a-1290516.html>

⁹ <https://www.heise.de/hintergrund/Die-riskante-Abhaengigkeit-der-Bundesrepublik-von-amerikanischen-IT-Riesen-4881155.html>

¹⁰ <https://www.derstandard.de/story/3000000212421/cloud-verband-broadcom-verzehnfacht-preise-nach-vmware-uebernahme>

könnte Betriebe des Gesundheitswesens an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten bringen". "Je Nutzungsjahr beliefen sich die Lizenzkosten dieses Trägers auf circa 130.000 Euro – und würden ab 2025/2026 auf jährlich etwa 2,1 Millionen Euro ansteigen." ¹¹

Eine Haushaltspolitik, die digitale Monopole begünstigt hat, ist dafür verantwortlich, dass die Ressorts der Bundesregierung die Ausgaben für Software-Lizenzen von rund 771 Millionen Euro im Jahr 2022 auf über 1,2 Milliarden in 2023 gesteigert haben.¹² Dies entspricht einer Steigerung von 441 Mio. Euro bzw. rund 57 Prozent. Die vertraglichen Dauerverpflichtungen stellen eine hohe Belastung künftiger Haushalte dar. Die dafür aufzubringenden Steuergelder werden an anderer Stelle fehlen.

Warnhinweise führender IT-Verbände und IT-Fachleute ignoriert

Es gab bereits frühzeitig Hinweise, dass die Digitalpolitik auf falschem Kurs ist:

- Die im September 2023 von der BITMi veröffentlichte „Bilanz des IT-Mittelstandes zur Digitalpolitik“¹³ ergab, dass fast 90% unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Digitalpolitik waren. Sogar 94 % vertraten die Meinung, dass die digitale Zukunft aktuell außerhalb Europas gestaltet wird.
- Noch schlechter fiel war die Bewertung der Mitglieder des Digitalverbandes Bitkom aus. Für die „Anstrengungen der Bundesregierung, um die Digitale Souveränität Deutschlands zu stärken“ vergaben sie auf einer Schulnoten-Skala von 1-6 die Durchschnittsnote 5,1 (ungenügend)¹⁴.
- In mehreren offenen Briefen haben Open Source-Wirtschaft und Zivilgesellschaft gefordert, dass die Bundesregierung ihre digital-politischen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umsetzt. „Halbzeit für die Ampel – Danke für die schönen Worte, lasst endlich Taten sprechen!“¹⁵

Die Abberufung des Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik durch die Innenministerin aufgrund von Fake News¹⁶ eines ZDF-Satirikers war alles andere als eine vertrauensbildende Maßnahme für die Digitalpolitik.

¹¹ <https://ap-verlag.de/softwarelizenzen-microsoft-lizenzkosten-belasten-den-kliniksektor/89265/>

¹² <https://www.heise.de/news/Bund-Lizenzkosten-fuer-Microsoft-auf-hohem-Niveau-insgesamt-neuer-Rekord-9744319.html>

¹³ <https://www.bitmi.de/it-mittelstand-zieht-besorgniserregende-bilanz-zur-digitalpolitik/>

¹⁴ <https://www.bitkom.org/sites/main/files/2024-01/Praesentation-PK-Digitale-Souveranitaet-2024.pdf>

¹⁵ <https://osb-alliance.de/featured/offener-brief-halbzeit-fuer-die-ampel-danke-fuer-die-schoenen-worte-lasst-endlich-taten-sprechen>

¹⁶ https://www.focus.de/panorama/schoenbohm-prozess-schwerer-schlag-fuer-boehmermann-und-zdf-gericht-bestaetigt-fake-news-ueber-ex-bsi-chef_id_260326551.html

Arbeiten an den falschen digitalen Baustellen ...

Es ist beunruhigend, dass angesichts der bestehenden (geo-)politischen Krisen für digitale Monopole umfangreiche Haushaltsmittel vorhanden waren, während für diejenigen Vorhaben, die nachhaltige Auswege aus den bestehenden digitalpolitischen Krisen eröffnen, die Gelder gekürzt wurden¹⁷. Statt Gegengewichte zu den bestehenden Abhängigkeiten zu schaffen, wurden Projekte initiiert, die die digitale Abhängigkeit verstärken und die Macht der Monopole zementieren.

- Delos: Eine Un-souveräne Cloud, die einen „Booster“ auf dem Weg in die digitale Kolonie darstellt¹⁸, da sie auf Microsoft-Technologie basiert und ihr Einsatz eine Monopolstellung zementieren würde.
- GovTech Campus (GTC): An diesem vom WEF initiierten Konstrukt sind inzwischen auch Microsoft, Google und Amazon beteiligt.¹⁹ Deren Geschäftsmodelle sind auf den Ausbau ihrer Imperien ausgerichtet und nicht auf die Stärkung der digitalen Souveränität ihrer Kunden. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der GTC die digitale Abhängigkeit von diesen Akteuren verringern wird.
- Dies zeigen auch die Erfahrungen mit GAIA-X. Hier wurden die Big Techs aufgrund ihrer Marktmacht immer dominanter. Nach Aussagen des ehemaligen GAIA-X-Vorstands Yann Lechelle bestand der Vorstand nach einer Restrukturierung nur noch aus „Personen, die ein großes Interesse daran hatten, den Status Quo zu erhalten und mit denselben großen Providern weiterzuarbeiten.“²⁰ Wäre Boeing am Airbus-Projekt beteiligt gewesen, hätte es die Airbus-Erfolgsgeschichte nie gegeben.

... und Vernachlässigung kritischer Entwicklungen

Bei Ereignissen, die erhebliche negative Folgen für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft hatten oder weiterhin haben, war hingegen kein digitalpolitisches Handeln erkennbar:

- Das nach SAP zweitgrößte(!) und älteste Softwarehaus Deutschlands, die Software AG, wurde 2023 aufgekauft und filetiert²¹.
- Die massiven Preiserhöhungen der marktbeherrschenden Virtualisierungssoftware VMware in diesem Jahr haben verdeutlicht, wie Monopolstellungen wirtschaftlich ausgenutzt werden. Davon sind auch Bund, Länder und

¹⁷ <https://osb-alliance.de/featured/offener-brief-im-haushalt-2025-die-richtigen-digitalpolitischen-weichen-stellen>

¹⁸ <https://gi.de/meldung/un-souveraene-delos-cloud-ein-booster-auf-dem-weg-in-die-digitale-kolonie>

¹⁹ <https://reallabor.cloud/wp-content/uploads/2024/09/Standpunkt-Cloud-im-oeffentlichen-Sektor.pdf>

²⁰ <https://www.heise.de/news/Scaleway-Chef-Ich-erwarte-nicht-dass-Gaia-X-liefert-was-wir-brauchen-6292424.html>

²¹ <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/software-ag-so-zerlegt-silver-lake-deutschen-software-konzern-weiter/100066710.html>

Kommunen erheblich betroffen. Hat sich die Bundesregierung „an Broadcoms Kette“ legen lassen?²²

- Die digitalen Monopole dehnen ihre Marktmacht rasant auf weitere Wirtschaftssektoren wie Medien, Banken, Bezahldienste, Logistik, Gesundheitswesen²³, Bildung usw. aus und werden auch hier immer dominanter. Damit einher gehen der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, Wachstum und Wohlstand, was zwangsläufig zu sinkenden Steuereinnahmen und Beiträgen für die Sozialkassen führt. Hier bestand und besteht weiterhin dringlicher politischer Handlungsbedarf.
- Die digitalen Monopole nehmen einen immer stärkeren (finanziellen) Einfluss auf traditionelle Medien. Allein der Digital News Innovation (DNI) Fund von Google hat allein im Zeitraum von 2013 – 2020 „mehr als 200 Millionen Euro an europäische Medien verschenkt“.²⁴ Damit einher geht ein wachsender Vertrauensverlust von renommierten europäischen Zeitungen. Auch dies wäre ein wichtiges Thema gewesen. Es besteht dringlicher politischer Handlungsbedarf, um in diesem Gebiet des Vertrauen wieder herzustellen.

Diese Entscheidungen bzw. das Nicht-Handeln der Bundesregierung zu Lasten der digitalen Souveränität haben erhebliche Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland induziert sowie für den Erhalt des Wohlstands unserer Gesellschaft und unseres demokratischen Systems. Ohne nachhaltige politische Maßnahmen kann Deutschland zur verlängerten Werkbank von Big Tech verkommen.

Gesamtbilanz: VERFEHLTE DIGITALPOLITIK

Die digitale Abhängigkeit und Erpressbarkeit Deutschlands wurde weiter erhöht. Wir werden immer mehr zur verlängerten Werkbank von Monopolen. Die Gefahr, zu einer digitalen Kolonie zu werden, ist realistischer geworden.

Ausblick: Deutschland braucht eine Digitalpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, Handlungs- und Informationsfreiheit sowie Wettbewerb, Wahlmöglichkeiten, Wohlstand und Demokratie sichert und einen Überwachungs- und Datenkapitalismus verhindert, der uns manipuliert, digitale Monopole stärkt und unsere Wirtschaft und Gesellschaft zerstört.

Eine DIGITALPOLITISCHE ZEITENWENDE ist DRINGEND NOTWENDIG, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Produkte wie openDesk²⁵ (deutsche Alternative zu Microsoft 365) zeigen eindrucksvoll, mit welch vergleichsweise geringem Mitteleinsatz digitale Souveränität erreicht und Milliarden an Steuer-geldern eingespart werden können.

²² <https://netzpolitik.org/2024/digital-unsouveraen-bundesregierung-legt-sich-an-broadcoms-kette/>

²³ <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/medikationsberatung-von-amazon-und-one-medical-145305/>

²⁴ <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2020/medienmaezen-google/>

²⁵ <https://opendesk.eu/ueber/>